

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

III. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 11. November 1884.

Nr 116.

Die Präsidentenwahl in Nord-Amerika

hat nach den vorliegenden Nachrichten zum Siege der demokratischen Partei geführt, die seit vier und zwanzig Jahren von jedem Einfluß auf die Leitung der Geschicke der Vereinigten Staaten ausgeschlossen gewesen ist. Von 401 bisher erwählten Wahlmännern stehen 219 auf Seiten des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cleveland; da bereits 201 Stimmen zu einer Erwählung genügen, ist der Sieg Clevelands als entschieden anzusehen.

Mit dem was in Europa „Demokratie“ heißt, hat die demokratische Partei in Nord-Amerika bekanntlich Nichts gemein. Jenseit des Oceans wird diese Bezeichnung auf diejenigen Politiker angewendet, welche die Selbstständigkeit der Einzelstaaten der Bundesgewalt gegenüber möglichst gewahrt sehen wollen; während die Republikaner sich vornehmlich auf die nördlichen Staaten stützen, haben die Demokraten von Alters her ihre zahlreichsten und einflußreichsten Anhänger im Süden gehabt. — Dieses Mal ist die amerikanische Präsidentenwahl aber keine reine Parteisache gewesen; Clevelands Sieg wurde nur dadurch möglich, daß diejenigen Republikaner, welche eine Reform im Sinne der Besserung des Beamtenwesens, der Unterdrückung des verderbten und eigen-nützigen Elitenwesens und der Befreiung von der Vorherrschaft der sog. Eisenbahnkönige wünschen, mit der demokratischen Partei gemeinsame Sache gemacht haben. — Bemerkenswerth ist dabei, daß die für Anhänger freihändlerischer Grundsätze geltenden Demokraten ihr freihändlerisches Programm über Bord geworfen, der „nationalen Arbeit“ und einheimischen Industrie ausreichenden Schutz versprochen und dadurch anerkannt haben, daß das Freihandelsystem jenseit des Oceans überhaupt keine Freunde mehr hat. Beiläufig bemerkt, ist das für unsere Freisinnigen eine herbe Enttäuschung gewesen, denn der beliebte Satz, nach welchem Liberalismus und Freihandelsfreiheit nothwendig zusammengehören, ist dadurch für Amerika ebenso widerlegt worden, wie früher für Frankreich geschehen war.

Die Sache hat aber noch eine andere bemerkenswerthe Seite. Das Zusammengehen der amerikanischen Reform-Republikaner mit den Demokraten lehrt, daß die Zeit der alten, rein-politischen Parteien in der neuen Welt ebenso vorüber ist, wie in der alten und daß allenthalben die Sorge für die praktischen Bedürfnisse der Staatsbürger an die Stelle des Kampfes der sog. Principien tritt. Zu dem Sturze des ein Vierteljahrhundert lang am Staatsruder gewesen republikanischen Partei-regiments hat wesentlich der Umstand beigetragen, daß dasselbe die Grundsätze des Waltenlassens der freien Concurrenz und der Gleichgiltigkeit der Staatsgewalt gegen die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ins Besondere die Lage der ärmeren Klassen auf die Spitze getrieben hatte. Wohl oder übel wird die aus dem letzten Wahlkampf als Siegerin hervorgegangene Partei in dieser Rücksicht Wandel schaffen müssen. Das Versprechen, die Mißbräuche des Beamtenthums zu beseitigen, vermögen die Demokraten nur einzulösen, wenn sie zugleich den Ramens der freien Concurrenz zu einer Großmacht gewordenen Einfluß einzelner großer Unternehmer und Speculanten beschränken.

Auf wessen Seite ist der Erfolg?

Wer den Kürzeren zieht, pflegt nicht so ohne Weiteres seine Niederlage einzugestehen, sondern durch einen möglichst heftigen Kanonendonner seinen Rückzug zu verdecken. So sucht auch die deutsch-freisinnig-ultramontane Coalition durch volltönende, aber leere Redensarten sich und andere über das vernichtende Urtheil hinweg-

zutäuschen, welches die Nation über diese unnatürliche Coalition, jedenfalls aber über die nur noch durch des Centrums Gnade lebende sog. „freisinnige“ Partei gefällt hat. Mit einer geradezu verblüffenden Dreistigkeit erklärte der „Reichsfreund“ zwei Tage nach den Hauptwahlen, trotz aller Erfolge der Conservativen seien sowohl diese selbst wie die Regierungspolitik „in den Augen der Nation gerichtet“, und denselben Ton schlägt jetzt die ultramontane „Germania“ an, welche behauptet, der Reichskanzler habe durch die jetzigen Wahlen wieder „eine furchtbare Niederlage“ erlitten.

Es verlohnt sich nicht, sich in den Gedankengang hineinzu-versehen, welcher diese Blätter zu so verkehrten Urtheilen führt. Jedenfalls leuchtet daraus mit Deutlichkeit der Aerger über die Erfolglosigkeit der gemeinsamen Bemühungen hervor, der Regierungspolitik möglichst starke Hindernisse in den Weg zu legen. Daß es zu einer großen conservativ-nationalliberalen in sich geschlossenen Majorität, welche für die Reformpolitik eintritt, nicht gekommen ist und nicht kommen wird, ist nicht zu leugnen, konnte aber bei der Zersplitterung der Parteiverhältnisse in Deutschland auch kaum erwartet werden. Aber das widerlegt noch nicht die Thatsache, daß die nationale Reformpolitik bei den Wahlen Erfolge errungen hat. Wie auch die Stichwahlen ausfallen werden, die nationalen Parteien werden in denselben stärker vertreten sein wie vorher und diejenige Partei, welche sich der Reformpolitik widersetzt, wird trotz der ihr vom Centrum gewährten Unterstützung aus dem Wahlkampf erheblich geschwächt hervorgehen. Wer darin ein Mißtrauensvotum erblickt, dessen Begriffe scheinen so besonders geartet zu sein, daß man sich mit ihm überhaupt in keinen Streit einlassen kann.

Wenn nun aber wirklich die Regierungspolitik „in den Augen der Nation gerichtet“ ist und der Reichskanzler wirklich „eine furchtbare Niederlage“ erlitten hat, über welche sich Freisinnige und Ultramontane zu freuen Ursache hätten, so fragen wir: sind diese beiden Parteien mit ihren Anhängern denn im neuen Reichstage im Stande, der Politik ihre Wege vorzuschreiben und zu erreichen, was sie erstreben? Dies wird weniger denn je der Fall sein. Ein gemeinsames positives Ziel haben sie überhaupt nicht, und was die Verhinderung der nationalen Reformpolitik anbelangt, so wollen wir abwarten, ob das gesammte Centrum im Reichstage ebenso wie bei den Wahlen der Parole folgen wird, eine Politik der Negation und des Pessimismus zu treiben. In Bezug auf wirtschaftliche und sociale Fragen hat man sich doch schon zu weit engagirt, als daß man es wagen könnte die Erwartungen der Wähler in diesem Punkte einfach unbefriedigt zu lassen. Das Centrum würde die ernsteste Katastrophe über sich heraufbeschwören, wenn es im Reichstage — bei den Wahlen mag dies vielleicht unbefristet möglich gewesen sein, weil es sich hierbei nur immer um einzelne Wahlkreise handelte — alle die Grundsätze verleugnen wollte, welche es bisher auf wirtschaftlichem und socialelem Gebiet vertreten hat. Das Centrum kann nicht mehr wie es will: es ist gebunden mitzumarschieren und das ist jedenfalls keine Niederlage — des Reichskanzlers!

Wie aber auch die fernere Entwicklung sein wird, darüber kann schon jetzt kein Zweifel sein, daß die „Deutsch-Freisinnigen“, die mit hochfliegenden Erwartungen in den Wahlkampf gingen, eine thatsächliche Niederlage erlitten haben, und daß das Centrum weil es auf eine Stärkung dieser Partei speculirte, nicht nur von dieser Niederlage mit betroffen wird, sondern sich auch selbst die schwerste moralische Niederlage beigebracht hat.

Die Socialdemokraten in Deutschland.

Für ernsthafte und aufmerksame Beobachter unserer öffentlichen Zustände hat es nicht erst der bei Gelegenheit der letzten

Wahlen und der Stichwahlen gemachten Erfahrungen bedurft, damit dieselben wußten, daß die socialdemokratischen Grundsätze in Deutschland eine ausgedehnte und bedenkliche Verbreitung gewonnen haben. Wenn Fortschrittler und Freisinnige thun, als sei diese Entdeckung eine nagelneue, und als sei die Socialdemokratie erst im Verlauf der letzten Jahre zu einer Macht geworden, so ist das freilich begreiflich. Trotz aller Lebensarten von der socialistischen Gefahr und der Nothwendigkeit einer Bekämpfung derselben, haben die Politiker der Opposition die allein möglichen Kampfmittel nicht nur nicht in Anwendung gebracht, sondern ihre Benutzung nach Kräften erschwert, weil sie die socialdemokratische Gefahr eben nicht verstanden.

Im Kampfe gegen den Socialismus sind immerdar nur zwei Mittel möglich gewesen: den auf den gewaltthätigen Umsturz abzielenden socialistischen Umtrieben mußte mit äußeren Machtmitteln begegnet und gleichzeitig durch eine opferbereite Reformpolitik bewiesen werden, daß eine Besserung der Lage der ärmeren Klassen unter der Herrschaft der bestehenden Ordnung möglich sei. Alle Welt weiß, von wem die bezüglichlichen Maßnahmen in Deutschland ausgegangen sind, — wer dieselben unterstützt, sie und nur sie zu bekämpfen und aufzuhalten gesucht hat. Wäre es nach dem Willen der freisinnigen Partei gegangen, die gegenwärtig alle Verantwortlichkeit für das Wachsthum des Uebels auf die Regierung zu werfen versucht, so wäre überhaupt gar Nichts geschehen und wir ständen der socialdemokratischen Agitation heute ebenso wehrlos gegenüber, wie vor dem Jahre 1878!

Die socialistische Bewegung ist keine deutsche Eigenthümlichkeit, sondern eine Erscheinung, welche die Runde um die Welt macht, und in den Republiken von Frankreich, Nordamerika und der Schweiz eine ebenso bedrohliche Gestalt angenommen hat, wie in dem konstitutionellen England und dem monarchischen Rußland. In welchem dieser Staaten die revolutionäre Propaganda die größte Zahl von Anhängern gewonnen hat, vermag Niemand mit auch nur annähernder Genauigkeit anzugeben. Ohne Uebertreibung darf dagegen behauptet werden, daß der socialistischen Bewegung nirgend größere Aufmerksamkeit zugewendet worden ist, als in Deutschland. Deutschland hat nicht nur mit der directen Bekämpfung der socialdemokratischen Agitation, sondern mit einer planmäßigen, den großen Principien der Kaiserlichen Botschaft vom 17. Novbr. 1881 entsprechenden Socialreform den Anfang gemacht. Wenn irgend wo, so hat man bei uns bewiesen, daß man die Gefahren der Zeit kennt, daß man auf die Nothwendigkeit der Bekämpfung derselben Bedacht genommen und verstehen gelernt hat, daß es nicht nur die Bekämpfung des neuen Uebels, sondern die Ausrottung alter und tiefgewurzelter Schäden bedarf.

Politische Tagesfragen.

Die Mächte werden auf der demnächst bevorstehenden Westafricanischen Konferenz durch ihre Botschafter bzw. Gesandten in Berlin vertreten sein; doch werden denselben seitens der betreffenden Regierungen eine Anzahl technischer Rätze zur Unterstützung und zum Beirath beigegeben werden. Einige derselben sind bereits zu diesem Zwecke in Berlin eingetroffen.

Ueber die Einberufung des Reichstags sind noch keine Bestimmungen getroffen, da erst noch eine große Anzahl von Stichwahlen — die spätestens bis zum 15. November vorgenommen werden müssen — zu erledigen sind. Doch darf man wohl dem Zusammentritt des Reichstags noch in diesem Monat entgegen sehen.

Der Etat des auswärtigen Amtes für 1885/86 enthält in seinen fortlaufenden Ausgaben eine Erhöhung um 381,660 Mark, woran vornehmlich die Gesandtschaften und Consulate participiren. So entstehen 30,000 Mark Mehrkosten für die nothwendig gewordene Erhebung der Mission in Belgrad zum Range einer Gesandtschaft, 77,500 Mark für die politisch und wirtschaftlich wichtige Neuerrichtung einer ständigen Gesandtschaft in Teheran; weiter entstehen Mehrkosten durch die Errichtung eines Generalconsulats für Südafrika mit dem Sitze in Kapstadt, durch die Anstellung dreier dem Consul in Apia untergeordneter Viceconsuln für den westlichen und nördlichen Theil des Südsee-Archipels, durch die Anstellung von Berufsconsuln (an Stelle der bisherigen Wahlconsuln) in Porto-Alegre und Zanzibar und durch die Errichtung eines Viceconsulats in Swatow (China).

Nirgend trifft die Beschuldigung, daß man der Socialdemokratie Thor und Thür geöffnet habe, weniger zu, als bei uns und Niemand stehen dergleichen Unterstellungen so schlecht zu Gesicht, als den „Deutsch-Freisinnigen“. Alles was zur Abwehr gegen die socialdemokratische Uebersfluthung geschehen ist, ist gegen diese Partei geschehen, die bis zur Stunde die Nothwendigkeit einer Repression der revolutionären Umtriebe ebenso wenig zu verstehen vermocht, wie die Unvermeidlichkeit einer Socialreform und einer Erfüllung der berechtigten Forderungen des besitzlosen Theils der arbeitenden Bevölkerung. Die Gegner des Socialistengesetzes und der beiden Versicherungsgeetze sind die letzten, die zu Klagen über das Wachsthum der deutschen Socialdemokratie ein Recht haben.

Grausige Mordthat

Am frühen Morgen des gestrigen Tages wurde die Leiche des bekannten Fabrikanten Karl Straub in seinem Büro aufgefunden. Wie die Ermittlungen der Polizei ergaben, wurde er offenbar mittels eines Brieföffners von unbekannter Hand erstochen.

Eine mit dem Blut des gemeuchelten Mannes geschriebene Botschaft, vom Mordbuben am Thatort zurückgelassen, läßt vermuten, daß diese Unthat einem uns nur zu wohlbekannten socialistischen Aktivisten oder einem seiner ruchlosen Helfershelfer zuzuschreiben ist. Dies ist nun wahrlich wohl der Gipfelpunkt der gegen Reich und Kaiser gerichteten Bewegung von vaterlandslosen Heuchlern und kann von keinem ehrbaren Deutschen guthgeheißen werden. Die Thatsache daß der ermordete Fabrikant in der Vergangenheit den politischen Agitator in die Schranken wies, der seine verrätherischen Setzparolen als „ein vaterlandsloser Geselle“, unterzeichnete, bringt die Polizei dazu, den Thäter im Umfeld des besagten Aktivisten zu suchen. Wie ein Sprecher der Polizei verlauten ließ, ist in Kürze mit einer Verhaftung zu rechnen.

Das Opfer war verwitwet und hinterläßt eine unverheirathete Tochter. In Ermangelung männlicher Nachfahren ist die Tochter somit Alleinerbin der Schuhmanufaktur Straub.

Dem Bundesrath ist, mit Bezug auf ein Gutachten des als Berufsconsul für die Freundschafts- und Schifferinseln eingesetzten Kaiserlichen Generalconsuls zu Apia, von der Reichsregierung der Antrag vorgelegt worden, von der Ausführung der früher beschlossenen Bestimmungen wegen Erleichterung des Nachweises der Befähigung zur Führung deutscher Rauffahrtsschiffe in der Südsee Abstand zu nehmen.

Bis Dienstag Vormittag war das Resultat von 32 Stichwahlen bekannt geworden. Hiervon entfielen 9 auf die „Freisinnigen“ (den Demokraten Lenzmann eingerechnet), 6 auf die Socialdemokraten, 4 auf die Volkspartei, 4 auf die Nationalliberalen, 3 auf die Conservativen, 3 auf die Reichspartei und 3 auf das Centrum. In Köln ist trotz der Hoffnungen der Köln. Zeitung auf die Mithilfe der Socialdemokraten der ultramontane Roederath gewählt worden, nachdem die Socialdemokraten und Fortschrittler Wahlenthaltung beschlossen hatten. In Siegen ist Stoecker, und zwar mit Hilfe der Nationalliberalen, wiedergewählt worden, im 4. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Breslau wurde der bisherige freisinnige Vertreter von Hönika durch den conservativen von Heydebrand und der Lasa verdrängt. Erfreulich ist auch, daß ein Wahlkreis durch den freiconservativen Landrath von Rheinbaben den Polen entrißnen worden ist. Dagegen ist als Verlust für die Conservativen der Wahlkreis Löwenberg, der in freisinnige Hände gefallen ist, zu buchen. Bei 8 Stichwahlstegen der Freisinnigen handelt es sich lediglich um Behauptung bisheriger Mandate. Die Volkspartei ist bis jetzt wieder auf sechs Mitglieder angewachsen, ihr Haupt — der Frankfurter Sonnemann — ist jedoch durch den Socialdemokraten Sabor verdrängt worden. Die Socialdemokraten haben bis jetzt 15 Sitze im Reichstage inne. Im Ganzen stehen noch 68 Stichwahlen aus, die alle bis zum 15. November erledigt sein müssen.